

Mehr Breitband fürs Land

CSU will Investitionen für schnelleres Internet anregen

rike. BERLIN, 5. April. Bis Ende dieses Jahres soll es in ganz Deutschland leistungsfähige Breitband-Internetanschlüsse mit einer Übertragungskapazität von mindestens 1 Megabit je Sekunde geben. Die noch bestehenden weißen Flecken auf der Landkarte sollen verschwinden, bevor in einem zweiten Schritt schnellere Internetzugänge forciert werden: Bis 2014 sollen drei Viertel der Haushalte mit 50 Megabit in der Sekunde im Netz surfen können. Das sieht die Breitbandstrategie der Bundesregierung vor. Doch ob dieses Ziel erreicht wird, ist nicht sicher. Deshalb will die Unionsfraktion im Bundestag den Druck erhöhen.

„Breitband ist inzwischen wichtiger als ein Autobahnanschluss“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johannes Singhammer (CSU). Die flächendeckende Versorgung mit 1-Megabit-Anschlüssen werde wahrscheinlich bis Ende 2010 nicht erreicht, 50 Megabit würden noch schwieriger. Zwar heißt es im „Breitbandatlas“ des Bundeswirtschaftsministeriums, dass aus technischer Sicht 96,5 Prozent der Haushalte zumindest Zugang zu einem 1-Megabit-Anschluss haben könnten. Singhammer nennt das aber eine theoretische Zahl.

In den Städten seien die Menschen

gut versorgt, auf dem Land aber seien viele nach wie vor abgehängt. Der CSU-Politiker verweist nicht nur auf die Abwanderung vom Land in die Städte, sondern auch auf Wettbewerbsnachteile für die Wirtschaft in Regionen ohne schnelles Internet. Weil die öffentlichen Kasernen leer sind, kann der Staat nicht selbst für Datenautobahnen sorgen. Die Erdverlegung eines Kabels oder Rohres koste bis zu 70 000 Euro je Kilometer, sagte Singhammer. „Das Geld haben wir nicht.“ Deshalb müsse man die Unternehmen ermuntern, den Ausbau voranzutreiben. „Wenn es was zu verdienen gibt, wird es auch versucht. Wenn aber die Risiken überwiegen, unterbleiben die Investitionen.“

Singhammer will dafür die Planungssicherheit verbessern: Zwar müsse das unternehmerische Risiko bei den Firmen bleiben. Das regulatorische Risiko durch die Bundesnetzagentur aber könne verringert werden. Damit es genug zu verdienen gibt, dringt Singhammer darauf, die Regulierungszeiträume zu verlängern. Wer in das Netz investiert, soll nicht wie bisher zwei, sondern fünf Jahre lang wissen, zu welchen Bedingungen er das tue und was er mit seiner Investition verdienen könne. Ein Regulierungsintervall von zwei Jahren sei

„uninteressant“ für die Unternehmen, sagte Singhammer. Mit fünf Jahren könnten sie Kapitalgeber eher überzeugen.

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) hat gerade erst ein Eckpunktepapier für die bis zum Jahresende anstehende Reform des Telekommunikationsgesetzes vorgestellt (F.A.Z. vom 20. März). Vorgesehen ist darin ein Regulierungszyklus von drei statt zwei Jahren. Brüderle kündigte in dem Papier an, er wolle die Voraussetzungen für den Breitbandausbau und für Investitionen in Hochleistungsnetze verbessern. Die Entscheidungen der Bundesnetzagentur sollten an wettbewerbs- und investitionsfreundlichen Regulierungsgrundsätzen ausgerichtet werden.

Singhammer hält jedoch einen Regulierungszyklus von drei Jahren für nicht ausreichend. Er betonte, es gehe nicht um die Regulierung ehemaliger Monopolnetze, sondern darum, den Ausbau neuer Netze anzuregen. Deshalb dürfe die Netzagentur nicht nur niedrige Nutzungsentgelte im Blick haben. Der neue EU-Rechtsrahmen biete die Möglichkeit, die Investitionsförderung in den Vordergrund zu stellen.